

**Sperrfrist: 07.11.2019, 17:00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort.**

6. Tagung der 12. Generalsynode
der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche
Deutschlands
Dresden 2019

Drucksache Nr.: 2/2019

Über die Sprache

**Bericht des Leitenden Bischofs
der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands,
Landesbischof Ralf Meister, Hannover**

**der 12. Generalsynode auf ihrer 6.Tagung
in Dresden am 7. November 2019 vorgelegt**

Wer seine Zunge hütet, bewahrt sein Leben; wer aber mit seinem Maul herausfährt, über den kommt Verderben. (Sprüche 13,3)

„Das Wort ist ganz nah bei dir, es ist in deinem Mund und in deinem Herzen, es liegt in deinen Händen es auszuführen.“ (5.Mose 30,14)

„Bleib deinem Wort treu. Es wird dich nicht verlassen“¹ Rose Ausländer

1. Eine Sprache für den Frieden

Dem chinesischen Philosophen Konfuzius werden folgende Worte zugeschrieben: Gefragt, womit er anfangen würde, wenn er ein Land zu verwalten hätte, antwortet er: „Ich würde den Sprachgebrauch verbessern“. Auf die Rückfrage, was das denn mit der Verwaltung eines Landes zu tun hat, antwortet er: „Wenn die Sprache nicht stimmt, so ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist. Ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist, dann kommen die Werke nicht zustande; kommen die Werke nicht zustande, so gedeihen die Moral und die Kunst nicht; gedeihen die Moral und die Kunst nicht, so trifft die Justiz nicht; trifft die Justiz nicht, so weiß die Nation nicht, wohin Hand und Fuß setzen. Also dulde man keine Willkürlichkeit in den Worten. Das ist es, worauf alles ankommt“.²

Mich hat diese philosophische Anekdote fasziniert. Sie greift eine Frage auf, die sich als Herausforderung für unsere Gesellschaft stellt: Wie sprechen wir und kann man einen Sprachgebrauch verbessern? Die Erfindung, die den Menschen einzigartig macht, die Sprache, trägt Chance und Verhängnis in sich. Sie ruiniert Leben und zerstört Völker, sie rüstet zum Krieg und schafft Frieden. Ich will unter dem Gesichtspunkt des Friedens und seiner Gefährdung einige Anmerkungen machen.

¹ „Mutterland Wort“ Rose Ausländer 1901-1988, Köln 1999, S. 152

² http://www.glaube-und-kirche.de/chinesische_weisheiten_und_werte_-_chinesische_wirklichkeit.htm

Zuerst: In einer Gesellschaft der ‚Vielrednerei‘ habe ich zunehmend den Eindruck, als sei das meiste Gesprochene bedeutungslos. Die Kommunikation nimmt ständig zu. Modernste technische Werkzeuge machen uns zu Dauerkommunikanten. Die fortwährende Betrachtung des Smartphones hat uns den aufrechten Gang gekostet. Die Verkrümmung-in-sich-selbst, die in Martin Luthers Sündenlehre eine wichtige Rolle spielt, „incurvatus in se“, ist zum modernen Haltungsschaden geworden. Niemals ist so viel geschrieben und gesprochen worden wie heute. Aber worüber? Um es mit dem Autor Botho Strauß zu benennen: „Dies All ist ... das Logbuch einer weltweiten Mitteilungsinkontinenz.“³ Wer die Inhalte zahlreicher Posts bei Facebook, Twitter und WhatsApp-Einträge untersucht, wer Teile der Influencer-Kommunikation wahrnimmt auf Instagram oder YouTube (die erfolgreichsten laufen unter Musik, Fußball oder Beauty), erkennt vielfach eine Mitteilbarkeit über das Alltägliche, Banale, Nichtige, die einen nur in Erstaunen versetzen kann. Können wir bedeutungsloser reden?

Doch das ist nur die eine Seite. In den Bergen menschlicher Kommunikation verbirgt sich auch eine neue Offenheit, die chancenreich, aber auch verhängnisvoll sein kann. Das hängt einerseits mit Grenzverschiebungen von öffentlich und privat zusammen. Das Tabu scheint tot, alle Geheimnisse gebrochen und Persönlichstes einem Millionenpublikum vor anonymen Voyeuren preisgegeben. Private Mitteilungen, die vor einer Generation noch verschwiegen oder im kleinsten Kreise ausgetauscht worden wären, ergießen sich im Fluss sozialer Netzwerke als öffentliche Statements. Das bringt Dinge zur Sprache, derer niemand bedarf und die zugleich von Selbstentblößung, Eitelkeit bis hin zu Wundmalen Facetten unseres Menschseins zeigen. Die permanente Selbstmitteilung wird zum Identitätsmarker.

Doch die andere Seite: Werden einerseits in den Netzwerken Ansichten und Positionen in Fülle ausgetauscht, so entsteht andererseits in der öffentlichen Debatte bei fast zwei Dritteln der Bevölkerung der Eindruck, „man müsse sehr aufpassen, zu welchen Themen ‚man sich wie äußert.“⁴ Tabubruch auf der einen und eine wahrgenommene Tabuisierung auf der anderen Seite. Wohlgermerkt handelt es sich bei diesen scheinbaren Einschränkungen der Meinungsfreiheit um Meinungen. Jedoch hilft genau dieser Eindruck den Tabubrechern besonders, weil sie endlich sagen können, ‚was doch mal gesagt werden muss‘.

„In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern“, diesem Satz stimmten jüngst bei einer Umfrage in Sachsen 69 % zu⁵. Das Gespenst einer eingeschränkten Meinungsfreiheit geht um. Ist die Meinungsfreiheit gefährdet? Nein, aber willkürliche Grenzverschiebungen und eine verrohte Debattenkultur belasten das freie Wort. Das weist darauf hin, dass der Streit, die faire und offene Disputation heute oft als Ausgrenzung empfunden wird. Andere Ansichten, wie weit sie sich auch entfernen von meinen eigenen Überzeugungen, sind erst einmal auszuhalten, solange sie im rechtsstaatlichen Rahmen bleiben und die Würde eines anderen Menschen nicht verletzen. Der Konflikt gehört zu unserer Debattenkultur und ist – unter Achtung bestimmter Grenzen – ein notwendiges Instrument, um gute Kompromisse für die Gestaltung der Gesellschaft und eine Ordnung des Lebens in Vielfalt zu finden. „Die politische Auseinandersetzung ist dort besonders notwendig, wo die Grundlagen und die künftige Gestalt des Gemeinwesens berührt werden. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen etwa um soziale Gerechtigkeit, um Zuwanderung ... um die Gestaltung der Globalisierung betreffen die Grundlagen des Gemeinwesens und bedürfen der intensiven Diskussion.“⁶ So schreibt die Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD vor zwei Jahren. Wer diesen Streit in einer adäquaten Debattenkultur verachtet oder sich ihm entzieht mit dem Hinweis, „man könne ja nicht mehr alles sagen“, muss sich fragen lassen, wie er den Anspruch auf Meinungsfreiheit selbst pflegen und ausüben will.

³ Botho Strauß, Vom Aufenthalt, München 2009, S.175

⁴ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-ueber-meinungsfreiheit-und-kritische-themen-16200724.html>

⁵ Zit. nach: Christ in der Gegenwart, Nr.44/2019, S.483

⁶ Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD, August 2017, S.11

Zugleich erleben wir, dass vor allem von rechtsextremen Kräften mit provozierenden Tabubrüchen rassistisch und diskriminierend gesprochen und darin der gesellschaftliche Frieden gefährdet wird. ‚Unsägliches wird sagbar‘. Der Bereich der öffentlichen Rede ist ein zerbrechliches Gut. Er wird in der Regel durch Kompromisse und einen Konsens zusammengehalten. Einen Konsens über das, was erlaubt und das, was verboten ist. Dieser Raum entsteht erst, indem öffentlich gesprochen wird. In den vergangenen Jahren wurde dieser Raum verändert. „Das Überschreiten der roten Linie, die die Political correctness als Befestigung des öffentlichen Raums, als Verstärkung gegen dessen Fragilität gezogen hat – dieses Überschreiten phantasiert sich als Befreiungsschlag.“⁷ Dabei wird gerade eine überzogene Political correctness häufig als Meinungsverbot interpretiert.

Vor zwei Tagen hat Wolfgang Merkel, Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung in einem Interview die unterschiedlichen Interpretationen noch einmal klar markiert: „Die Verrohung des öffentlichen Diskurses hat also mindestens zwei Quellen: zuerst und zuvörderst den Rechtspopulismus, der bewusst die sogenannten roten Linien überschreitet, aus Überzeugung oder mit strategischer List. ... Die Linksliberalen mit ihrer intransigenten (*unversöhnlichen*) Hybris und ihrer Sehnsucht nach Ausschließung sind die andere Quelle. Beide Lager polarisieren die Debatte. Eine wirklich demokratische Debatte muss aber radikal offen und pluralistisch sein und nicht durch eng gezogene rote Linien nur die ‚richtige‘ Moral zulassen.“⁸ So wird dieser Raum einer vielfältigen Meinungsbildung zunehmend scharf zerteilt. Die Suche nach Kompromissen oder einem Konsens wird unter der Dominanz der Akteure im öffentlichen Raum verhindert. Aus dieser Gemengelage entstehen scharfe Abgrenzungen. Es bildet sich ein Moraldiskurs, der zwischen der richtigen oder der falschen Moral teilt und sie bis in die Zustimmung bestimmter Begriffe dekliniert. Das eine solche geteilte und sich kämpferisch begegnende Besetzung des öffentlichen Raumes zu Radikalisierungen führt ist wenig überraschend.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat vor wenigen Wochen, das Attentat auf die Synagoge In Halle noch vor Augen, an den kurzen Weg erinnert, der vom Wort zur Tat führt: „Ja, wir haben ein Problem mit unserer politischen Streitkultur. Mit einer Streitkultur, die über die vergangenen Jahre ein gefährliches Substrat aus verrohter Sprache, Hass und Hetze hat wachsen lassen. Der Weg von solch verrohter, zynischer, unerbittlicher Sprache zur offenen Gewalt, er ist ganz offensichtlich kurz geworden. Ja, es gibt Grenzen im freien, demokratischen Diskurs.“⁹

In Zeiten des Hate-Speech und der Neuinterpretation von Geschichte und Geschichten spielt die Sprache für den Frieden in einer Gesellschaft eine Schlüsselrolle. Dabei spielt auch eine Rolle, ob es verbindende Geschichten gibt, die die Mehrheit einer Gesellschaft erzählen kann. Diese Frage bleibt brisant, weil in der Erinnerung an die Ereignisse vor 30 Jahren bemerkt wird, dass wir in Deutschland weitgehend keine gemeinsame Geschichte erzählen können. Wie lernen wir den Respekt vor der anderen Geschichte? Wie akzeptieren wir die Wahrheit einer anderen Geschichte und halten in unserer Story die Fenster offen für andere, fremde Stories? Wahrheitsgeschichten? Falsche Geschichten? Wie werden diese Geschichten interpretiert, wer nutzt sie aus, um daraus eine nationale oder völkische Identität zu markieren, die willkürlich und rassistisch ist?¹⁰ Und warum bleibt es ein kirchlicher Auftrag, sich zur Sprache in unserer Gesellschaft zu verhalten?

Ein Antwortversuch: „Am Anfang ist das Wort.“ So schrieb Vaclav Havel bei der Verleihung des Friedenspreises des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels 1989 – „Am Anfang ist

⁷ Isolde Charim, Ich und die Anderen. Wien 2018, S.193

⁸ <https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/linksliberale-hegemonie-und-hybris-3854/>

⁹ http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/10/191017-Konrad-Adenauer-Stiftung.html;jsessionid=E6CBE0F13AF0CCB93CC5F10838148FE8.2_cid362

¹⁰ Heinrich Detering, Was heißt hier „wir“? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten. Stuttgart 2019

das Wort, das ist ein Wunder, dem wir zu verdanken haben, dass wir Menschen sind. Doch zugleich ist es ein Hinterhalt, eine Prüfung eine List und ein Test (...) Das ist ganz offenbar durchaus nicht nur eine linguistische Aufgabe.“ Vaclav Havel weiter: „Als Aufruf zur Verantwortung für das Wort (...) ist dies eine wesentlich sittliche Aufgabe. Als eine solche ist sie allerdings nicht vor dem Horizont der von uns überblickenden Welt verankert, sondern erst irgendwo dort, wo jenes Wort sich aufhält, das am Anfang war und das nicht das Wort des Menschen ist.“¹¹

Das Wort gehört in den Ursprung und in den Auftrag der Kirche. Es beginnt mit dem schöpferischen Wort Gottes in der Erschaffung der Welt und wird verbunden mit dem Wort, welches Fleisch wird. Dieser Wortmacht entkommen wir nicht. Sie ist uns eingeschrieben in Herz und Mund.

„Verbum ... et solum verbum est vehiculum gratiae dei“¹². Am Wort, allein am Wort wird die Gnade Gottes ersichtlich. Geist und Glauben gibt Gott nur durch das Wort samt den Zeichen davon, den Sakramenten.¹³ So heißt es in einer reformatorischen Bekenntnisschrift von Martin Luther, den Schmalkaldischen Artikeln von 1537. Warum diese starke Reduktion auf das Wort, also auf das Wort Gottes in der Heiligen Schrift? Weil man mit dieser Maßgabe Ordnung einbringen wollte, so zumindest Martin Luther in seinem Argument. Bei ihm heißt es: „Damit wir uns bewahren vor den Enthusiasten, das ist Geistern.“¹⁴ Es braucht heute viele klare Worte, um sich von den Geistern zu befreien. Von den Geistern der Tabubrecher wie von denen, die die Meinungsfreiheit bestreiten. Von allen, die den sittlichen Auftrag des Wortes negieren, ignorieren oder missbrauchen. Die sprachliche Grundorientierung ist eine Ordnung gegen geistig-geistliche Anarchie. Sprache ordnet. Das Wort Gott setzt eine Orientierung. Das lernen wir ganz am Anfang der Bibel, als in den Worten Gottes das Chaos, das Tohuwabohu geordnet wird. So muss die Kirche, die aus dem Wort entsteht, die seinem Wort folgt und in dem Einen Wort Gottes Erlösung empfängt, ein Asylort der Sprache sein. Hier sollte die Sprache des Friedens beherbergt sein. Welche Worte verwenden wir innerhalb unserer Kirchen, wie suchen wir die Wahrheit in unserer Rede? Bleibt uns das Wort ein Auftrag zur Mitmenschlichkeit, ein sittlicher Auftrag?

2. Von der Notwendigkeit des Streits: Die Leipziger Disputation

Ein Beispiel für den geregelten kontroversen Diskurs und ein Gegenbild zu entfesselten, oft anonymen Hassreden in der medialen Öffentlichkeit ist die akademische Disputation, wie sie im Mittelalter und weit darüber hinaus, ja bis heute gepflegt wird.

Disputationen, schreibt der Theologe Hartmut von Sass, stehen „für einige kommunikative Tugenden, die in einer Zeit der Diplomatie, des Kompromisses und des politischen Pragmatismus stark an den Rand gedrängt worden sind. Hier (...) werden die Gegensätze geschärft, geradezu performativ amplifiziert und eben nicht abgetragen und eingehegt.“¹⁵

Eine der berühmtesten Disputationen der Reformationszeit – und zugleich die letzte, auf die Martin Luther sich öffentlich einließ – jährt sich in diesem Jahr zum 500. Mal: die Leipziger Disputation zwischen Luther und Andreas Bodenstein, genannt Karlstadt, auf der einen und Johannes Eck auf der anderen Seite.

Ursprünglich sollte Karlstadt als berühmter Vertreter der Wittenberger Fakultät mit Johannes Eck, angesehener Professor in Ingolstadt, als Kontrahent in Leipzig disputieren. Karlstadt hatte Eck wegen dessen Kritik an Martin Luthers 95 Thesen herausgefordert. Weil Eck im Vorfeld der Disputation jedoch Thesen veröffentlichte, in denen er nicht Karlstadt, sondern Luther direkt angriff, kam dieser als Disputant dazu und wurde weitaus mehr beachtet als Karlstadt.¹⁶

¹¹ https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/sixcms/media.php/1290/1989_havel.pdf

¹² Galaterkommentar 1519 (WA II 508)

¹³ AS, III, IV (BSLK 449, 6ff.)

¹⁴ AS III, VIII (BSLK 453, 20ff.)

¹⁵ Hartmut von Sass, Krisis und Kritik. Zum Sprachspiel der Disputation; Evangelische Theologie, Band 79, Heft 4, S. 258

¹⁶ Karlstadt wurde biographisch Opfer des von Luther gegen ihn inszenierten Shitstorms. Bis heute lernen wir Theologen ihn als im Irrtum befangenen Gegenspieler Luthers kennen, was inhaltlich nicht gedeckt ist.

Die Auseinandersetzungen mit Karlstadt um die Gnadenlehre entsprachen dem traditionellen Disputationswesen – die gelehrten, strengen Regeln folgenden Beiträge waren allerdings für die Öffentlichkeit erheblich weniger attraktiv als der Streit zwischen Eck und Luther. Beide setzten sich dann im Verlauf der Disputation auch über die strengen Regeln hinweg und durchbrachen ihre Rollen – Eck, indem er Luther in eine immer stärkere Papst- und Konzilienkritik lockte. Luther, indem er zum Beispiel zum völlig unüblichen Mittel einer Zwischenansprache an die Zuhörer griff, dazu noch auf Deutsch – nachdem Eck versucht hatte, Luther des ihm zustehenden Schlusswortes zu berauben, indem er, also Eck, drei Stunden ununterbrochen redete; die Disputation wurde daraufhin um zwei Tage verlängert. Es scheint also außerordentlich hoch her gegangen zu sein in Leipzig. Man nennt diese Taktik übrigens „Filibuster“ und sie wird heute gerne im US-Senat angewandt!

Thomas Kaufmann attestiert Luther „Spontaneität, Unkonventionalität [...] und de[n] Mut zur verwegenen, pointiert-konsequenzenreichen Zuspitzung“¹⁷ in der Disputation.

Im Ergebnis lehnte Luther die Heilsbedeutung des Gehorsams gegenüber dem Papst ab, bestritt das göttliche Recht als Quelle für den Papstprimat, zweifelte die göttliche Legitimation kirchlicher Hierarchie an und bestritt die Autorität eines Generalkonzils.

Wichtiger als die offiziellen Urteile der beurteilenden theologischen Fakultäten scheint für den Verlauf der Reformationgeschichte die Reaktion der Öffentlichkeit: Die Polarisierung nahm zu, zwischen „Evangelischen“ und „Papisten“, zwischen Anhängern der „neuen Theologie“ und „Scholastici“. Indem die Disputation, insbesondere im Nachgang, den akademischen Raum verließ, wurde das Entstehen einer vielfältigen Bevölkerungsschicht umfassenden reformatorischen Bewegung stark unterstützt. Damit ist die Leipziger Disputation nach den 95 Thesen der zweite Ort, an dem „die Reformation“ in eine breite Öffentlichkeit trat, von Luther zunächst eindeutig nicht beabsichtigt, dann aber von den Wittenbergern mit erheblichem strategischem Geschick orchestriert.

In der Durchbrechung der strengen Regeln und der alarmierten Öffentlichkeit sind auch an den Geschehnissen von Leipzig im Sommer 1519 Kennzeichen einer medialen Aufgeregtheit zu erkennen, die kontroversen Debatten eigen ist, zumal wenn sie personalisiert werden und den Kern tradierter Stabilität treffen. Es zeigt auch, welche Leidenschaft im Spiel sein kann, wenn um existentielle Fragen gerungen wird. Das strenge Regularium des Disputierens hingegen setzt hier einen Kontrapunkt: Die Disputation in ihrer reinen Form lebt von der Konzentration auf die Sache, sie vermeidet Personalisierung und Dramatisierung¹⁸. Der Fokus auf den Inhalt, auf Wahrhaftigkeit, Offenheit, Kritikfähigkeit ist in wichtiges Korrektiv in Zeiten medialer Aufgeregtheit.¹⁹ Ich wünschte mir mehr Disputationen.

3. Vom Öffentlichkeitsauftrag der Kirche und im öffentlichen Amt

Der Streit über Zukunftsfragen in unserer Gesellschaft wird auch von den Kirchen geführt. Das sind keine exklusiven theologischen Diskurse, sondern in der wechselseitigen Unabhängigkeit von Staat und Religion bleibt das Religiöse als Stimme und Haltung im öffentlichen Raum. Die Kirche ist gemäß ihrem Auftrag ein vitaler Teil dieses Raumes und der freiheitliche, demokratische Staat erkennt darin die Bedeutung der Religion im Prozess der Werte- und Überzeugungsbildung an. Die Kirchen wirken am sozialetischen Fundament als traditioneller und starker zivilgesellschaftlicher Akteur mit. Sie sind aktiver Diskursteilnehmer. Sie handeln in Freiheit und Verantwortung. Auch wenn Kirchenverfassungen die Stellung kirchlicher Organisationsstrukturen innerhalb der einzelnen Landeskirchen unterschiedlich akzentuieren, liegt eine

¹⁷ Thomas Kaufmann, *Geschichte der Reformation*, Frankfurt/M. und Leipzig 2009, S. 240.

¹⁸ v. Sass, 276.

¹⁹ Nicht verschwiegen werden darf indes, dass die Themen, über die in der Reformationszeit gestritten wurde, im Verlauf der weiteren historische Entwicklungen auch eine unheilvolle politische Dimension erreichten, die gerade nicht dem Frieden diene und in deren Folge der politische, auch der geistliche Friede erst mühsam wieder verhandelt und errungen werden musste. Nachhaltiger Friede – auch das eine Erkenntnis aus der nachreformatorischen Zeit – kann nur in Verhandlungen erreicht werden, nicht mit Gewalt erstritten.

zentrale Rolle für die öffentliche Repräsentanz bei den leitenden Geistlichen. Sie bleiben öffentliche Sprecher, Sprecherinnen der Kirchen. „Die geistige und institutionelle Eigenständigkeit von Kirche und Staat in der Demokratie bedeutet für die Kirche Angebot und Verpflichtung zugleich.“²⁰ Diese Verpflichtung zu öffentlichem Wirken ist in allen Staatskirchenverträgen²¹ formuliert und gründet im Öffentlichkeitscharakter der Verkündigung des Evangeliums. Dieser Charakter verlangt Positionen und Interpretationen, die biblisch begründet Stellung beziehen. Jeder leitende Geistliche, jede leitende Geistliche weiß, wie sensibel und zugleich machtvoll dieses Feld ist. Einerseits werden Statements fortwährend gefordert, andererseits polarisieren bischöfliche Worte innerhalb wie außerhalb der Kirche schnell. Dennoch gilt: Diesem öffentlichen Auftrag kann sich kein leitender Repräsentant entziehen.

Das gilt auch dann, wenn öffentliche Positionen mit ehemaligen Äußerungen aus dem Leben eines Bischofs ins Verhältnis gesetzt werden. Über Texte, eine Mitgliedschaft und fehlende öffentliche Stellungnahmen von Dr. Carsten Rentzing, den Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, ist es zu einer Auseinandersetzung gekommen. Texte von Carsten Rentzing, die sich kritisch zum demokratischen Gemeinwesen verhalten und denen das Landeskirchenamt der Landeskirche Sachsens elitäres, in Teilen nationalistisches Gedankengut bescheinigt, brauchen eine dezidierte und ausführliche Stellungnahme von Seiten des Verfassers. Auch eine seit Jahrzehnten revidierte Position zu diesen Texten muss gründlich öffentlich erklärt werden. Carsten Rentzing hat einen konsequenten Schritt getan und sein Amt zur Verfügung gestellt. Dieser Entscheidung zolle ich Respekt und danke ihm dafür. Den zweiten Schritt allerdings, den die Öffentlichkeit - auch innerhalb der Kirche - erwartet hatte, Stellung zu beziehen und zu erklären, hat er bisher vermieden. Ich bedauere das sehr.

Erlauben Sie mir zur Verantwortung, die jede Person in einem öffentlichen Amt einnehmen muss, eine ergänzende Notiz zu machen. Sie soll auf ein Dilemma verweisen. Durch die mediale Dynamik, massiv verstärkt durch die sozialen Netzwerke, bewegt sich jede öffentliche Person in einem Raum der Schutzlosigkeit. Das ist zeitweilig schwer zu ertragen. In diesem Raum gibt es keine Gnade und damit auch keine Buße. Wer verurteilt wird, ob zu Recht oder Unrecht, erhält keine Wiedergutmachung. Die digitale Kommunikation hat die Geschwindigkeit der Urteilsbildung derart angeheizt, dass über die Zuschreibung von Recht und Unrecht, Achtung und Missachtung manchmal in Bruchteilen von Sekunden entschieden wird, ohne dass die Sachgründe zuvor geprüft werden konnten. Fehlurteile, Diskreditierungen, Beschuldigungen bleiben im Netz und vervielfältigen sich in unzähligen Richtungen. Rückholbar sind diese Zuschreibungen meist nur schwer oder gar nicht.

Wie verschiedene Perspektiven die Zuschreibung von Achtung und Missachtung annehmen können, daran erinnert mich ein Interview mit Günter Gaus 1963²². Unter der Überschrift „Bruder Niemöller, mußten Sie das gerade so sagen?“ erzählt Niemöller von einem Ereignis in seiner Haft 1944, als ihm ein SS-Mann das Essen brachte: „Und da - als dieser SS-Mann aus meiner Zelle rausgegangen ist, da ist mir plötzlich ... eine Erkenntnis gekommen: Kannst Du eigentlich sagen, dieser Mensch geht dich nichts an? ... Später ... habe ich das ... oft zum Ausdruck gebracht und habe gesagt: Ich kann doch als Christ gar nicht glauben, daß Jesus für mich gestorben ist, ausgerechnet für mich, wenn ich nicht sage: Aber für den – und wenn es Joseph Stalin ist – für den ist er nicht gestorben. Und das ergibt nun eine ganz andere, eine von Grund auf umgestaltete Haltung gegenüber dem, was uns an Menschen sympathisch oder nicht sympathisch ist. Das ‚Liebet eure Feinde‘... bekommt von daher natürlich ein ganz anderes Gesicht...“ Mich hat diese Erzählung an mein häufig sehr selbstgewisses Reden über Menschen mit anderen Positionen und Haltungen geführt. Wie befreien wir uns aus der billigen Gnade, wenn wir urteilend sprechen über andere Menschen? Wie gewinnen wir eine Achtsam-

²⁰ Wolfgang Huber, https://www.ekd.de/vortraege/huber/050616_huber_loccumer_vertrag.html

²¹ <https://kirchenrecht-evlka.de/document/20889>; Loccumer Vertrag: „Die verfassungsmäßigen Vertreter der Evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen und die Niedersächsische Landesregierung, ... haben in Übereinstimmung über den Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen und ihre Eigenständigkeit beschlossen, ...“

²² „Martin Niemöller - Gewissen vor Staatsräson“, Ausgewählte Schriften, Hg. Joachim Perels. Göttingen 2016

keit im Gebrauch der Rede über andere Menschen. Welche Rolle spielen darin soziale Netzwerke, welche der Journalismus?

4. Themen aus der VELKD

Die theologische Auseinandersetzung ist die Voraussetzung für den gemeinsamen Weg. Einige Themen aus der Arbeit der VELKD möchte ich an dieser Stelle hervorheben, die in geschwisterlichem Miteinander, in theologischer Klarheit und konstruktivem Diskurs verhandelt werden.

4.1 Ordination und Beauftragung

Dass die Suche nach Eindeutigkeit unter den Bedingungen einer komplexen Wirklichkeit geschieht, erleben wir auch in unseren theologischen Debatten. Oft in langen Prozessen auf der Suche nach tragfähigen Kompromissen. Als ein Beispiel nenne ich den Diskussionsprozess um Ordination und Beauftragung. 2006 war der Prozess mit dem Papier „Ordnungsgemäß berufen“ zunächst zum Abschluss gekommen. Darin legen sich Kirchenleitung und Bischofskonferenz der VELKD fest, dass die ordnungsgemäße Berufung – das „*rite vocatus*“ aus CA XIV – in den Dienst der Verkündigung im Bereich der VELKD für Pfarrerinnen und Pfarrer, Pastorinnen und Pastoren „Ordination“, für andere, insbesondere Prädikantinnen und Prädikanten „Beauftragung“ heißen soll. Dieses Ringen um eine Sprache, die sich darum bemüht, zu versöhnen und zugleich zu unterscheiden, ohne zu trennen, warf zuletzt wieder neue Fragen auf: Aus der Ökumene kamen Anfragen, einige EKD-Gliedkirchen verwenden für alle Berufungen in den Verkündigungsdienst das Wort „Ordination“; zudem sind es nicht nur Pfarrpersonen und Prädikantinnen, die im Sinne von „Ordnungsgemäß berufen“ beauftragt werden, sondern eine Vielzahl von Berufsgruppen in den Gliedkirchen der VELKD und der EKD. So wurde weiter nach Wegen gesucht, wie ein gemeinsames Verständnis zur Befriedung dieser alten Streitfrage gefunden werden kann.

Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) und die Evangelische Kirche in Baden (EKiBa) haben darüber im Sommer ein Symposium abgehalten, zu dem die anderen Kirchen eingeladen waren und in das die Ergebnisse der zum Teil harten, insgesamt konstruktiven Dispute eingeflossen sind.

Ein Ergebnis der Diskussionen: Es geht darum, für den Dienst der öffentlichen Verkündigung des Evangeliums in Wort und Sakrament das „*rite vocatus*“ gemeinsam festzuhalten, davon aber die rechtliche Ausgestaltung in Berufen zu unterscheiden. Kirchenleitung der VELKD und Präsidium der UEK haben bei ihrer letzten Begegnung festgestellt, dass unter dieser Voraussetzung beide Begriffe, „Ordination“ und „Beauftragung“, für dasselbe geistliche Geschehen des „*rite vocatus*“ verwendet werden können. Auch in der UEK verwenden einige Landeskirchen den Begriff „Beauftragung“.

Kirchenpräsident Schad wird am Sonnabend in seinem Teil des Catholica-Berichtes die Frage eines ökumenisch verantwortbaren Amtsverständnisses aufnehmen. Ich bitte die Landeskirchenämter, den Klärungsprozess der VELKD zu unterstützen, in dem es vor allem darum geht, die rechtliche Ausgestaltung der Berufsgruppen sauber von dem theologisch identischen Kern zu trennen und über eine Angleichung der Ausbildungsstandards nachzudenken.

4.2 Leitlinienprozess/ Rahmenordnung

Auch der neu aufgenommene Prozess der Überarbeitungen der „Leitlinien kirchlichen Lebens“ und der „Ordnungen kirchlichen Lebens“ der UEK ist einzuordnen in die Suche nach Orientierung in einer komplexen Welt. Die Leitlinien enthalten einen Handlungs- und Orientierungsrahmen für das öffentliche Handeln der Kirche – für Kasualien wie Taufe, Trauung und Beerdigung, für Gottesdienste anlässlich von Lebensübergängen wie Einschulung, für das öffentliche, auch das politische Handeln der Kirche. Die Leitlinien der VELKD stammen aus dem Jahr 2003 und wurden schon damals zusammen mit der „Ordnung kirchlichen Lebens“ der da noch bestehenden EKU entwickelt. Die Gliedkirchen haben selbst entschieden, welchen rechtlichen Status sie den Leitlinien geben möchten. Vieles hat sich seitdem im

kirchlichen und gesellschaftlichen Leben geändert, immer wieder sind Ausnahmen zur Regel geworden. Manches ist noch gar nicht erfasst, das ganz neu entstanden ist.

Der Arbeitsauftrag der Kirchenleitung ist nun, die Grundsätze in den „Leitlinien“ und der „Ordnung kirchlichen Lebens“ zu überarbeiten, so dass eine orientierende „Rahmenordnung“ entsteht, die einerseits die Vielfalt an regionalen, lokalen und gemeinsamen Traditionen umspannt und uns andererseits erkennbar evangelisch bleiben lässt. Gedacht ist an Orientierung gebende Sätze insbesondere für Kirchenvorstände, Pfarrgemeinderäte, Presbyterien und Pfarrpersonen und Verkündigende, die die Alltagsentscheidungen erleichtern. Darüber gibt es und wird es weiterhin Dispute geben. Aber am Ende kann eine zukunfts offene Rahmenordnung stehen, in der wir unsere evangelische, auch lutherische, Identität formulieren und von hier aus unser kirchliches Leben gestalten können.

4.3 Aus der Ökumene

Je weiter der Kontext wird, in dem wir uns bewegen, desto vielfältiger werden die Traditionen und Kulturen, und desto komplizierter kann das Ringen um Verständigung werden. Gleichzeitig sind die Erfahrungen beglückend, in denen wir erkennen, was die Ökumene in den letzten Jahren prägt: dass uns mehr verbindet, als uns trennt. Über den Dialog mit der römisch-katholischen Kirche berichtet der Catholica-Beauftragte Landesbischof Dr. Karl-Hinrich Manzke am Samstag in seinem Bericht. Aus zwei laufenden ökumenischen Gesprächsprozessen möchte ich kurz berichten:

Zum einen führt die VELKD seit Januar 2017 offizielle Lehrgespräche mit dem Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland. Die Gemeinsame Lehrgesprächskommission hat sich der Frage, ob und unter welchen Bedingungen Kirchengemeinschaft zwischen den baptistischen Gemeinden in Deutschland und der VELKD möglich ist, mit großer Ernsthaftigkeit gestellt. Es hat sich gezeigt, dass die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte und die zuletzt geführten Dialoge viele Annäherungen auf dem Weg zu einem gemeinsamen Verständnis von Taufe und Glaube möglich gemacht haben. Allerdings sind wir noch nicht so weit, dass beide Partner die jeweilige Theologie und Praxis des anderen in allen Punkten als eine legitime, wenn auch andere Ausformung eines christlichen Taufverständnisses (vgl. Bayrisch Lutherische-Baptistische Arbeitsgruppe BALUBAG) erkennen können. Der bisherige Dialog hat deutlich gemacht, dass ökumenische Gemeinschaft nur durch eine intensive theologische Auseinandersetzung wachsen kann. Wir führen sie mit großem Respekt füreinander, aber auch mit der nötigen Aufrichtigkeit und Klarheit. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen.

Ein zweites Beispiel: Seit Juni 2018 führen VELKD, UEK und die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche (SELK) trilaterale Gespräche. Dieses Gesprächsformat knüpft an einen Dialog- und Aussöhnungsprozess an, der bis 2017 zwischen UEK und SELK stattgefunden hat. Diesen Gesprächen liegt ein geschichtshermeneutischer Ansatz zu Grunde. Ziel ist es, die Entwicklungen gemeinsam zu verstehen, die zwischen selbstständigen Lutheranern und evangelischen Landeskirchen zu Trennungen geführt haben. Dabei ist erkennbar, dass jede Gruppe über ihre „Mastererzählung“ verfügt, die sie pflegt. In der subjektiven Deutung von Geschichte liegt eine identitätsstiftende Kraft, die sich oft auch durch Abgrenzung gegenüber anderen entfaltet. Gemeinsam fragen wir heute nach den Argumenten, die für Entscheidungen in der Vergangenheit leitend gewesen sind, und danach, welche Bedeutung sie für uns heute haben. Auf diesem Weg können sich neue Perspektiven für die Zukunft ergeben.

4.4 Aus den Einrichtungen

Der theologische Diskurs wird nicht nur in den Ausschüssen und Gremien gepflegt – auch die Einrichtungen der VELKD sind Orte theologischer Bildung, wissenschaftlicher Auseinandersetzung und geistlicher Stärkung. Deshalb danke ich an dieser Stelle allen, die in den Einrichtungen der VELKD arbeiten – als Leitende und Gestaltende, als Mitarbeitende in der Verwaltung, Organisation, im Service oder in der Küche: Im Liturgiewissenschaftlichen Institut Leipzig, das in diesem Jahr sein 25-jähriges Jubiläum gefeiert hat, im Gemeindegremium

Neudietendorf und im Theologischen Studienseminar in Pullach. Aktuelle Informationen finden Sie auf Ihrem Platz oder auf dem Büchertisch.

Das **Gemeindekolleg in Neudietendorf**, in dem seit 1987 auf unterschiedliche Weise Ideen und Impulse zur Gemeindeentwicklung vernetzt werden, das Foren für experimentelles Lernen öffnet und Veränderungsprozesse begleitet, hat im vergangenen Jahr sein Programm erstmals mit Co-Workern gestaltet. Fünf Personen unterschiedlicher Profession und aus unterschiedlichen Landeskirchen sorgen für eine Vernetzung der verschiedenen Arbeitsfelder und Regionen und tragen den Kern des Konzepts des Gemeindekollegs – die Verbindung von spirituellen Impulsen und solche aus der Organisationsentwicklung – in die Fläche.

Das **Liturgiewissenschaftliche Institut an der Universität Leipzig** hat in diesem Jahr sein 25-jähriges Bestehen mit einem Festakt gefeiert und sich der Frage gestellt, wohin es geht mit der Liturgiewissenschaft im 21. Jahrhundert. Dank der ehrenamtlichen Leitung von Prof. Alexander Deeg und des Engagements des wissenschaftlichen Geschäftsführers Dr. Christian Lehnert und Uwe Steinmetz, der seit diesem Jahr in einer gemeinsam von VELKD und DNK geförderten Drittmittelstelle an der Universität weiterhin als Musiker am Institut arbeitet, wird die Position des Instituts als einziges seiner Art im deutschsprachigen Raum gestärkt, das akademische Forschung und kirchliche Praxis im Bereich von Gottesdienst und Liturgie verbindet.

Das **Theologische Studienseminar in Pullach** bleibt ein gefragter Ort theologischer Bildung, dessen gut ausgelasteten Studienkurse die Verbindung von theologischer Grundierung und Alltagstheologie auszeichnet. Die Kurse orientieren sich an vier thematischen Schwerpunkten: Erkundungen im Zusammenhang einer Theologie des Alltags, Reflexion pastoraler Praxis in ihren verschiedenen Kontexten, Theologie im Verhältnis zur Kultur und Reflexion der Leitungsverantwortung von haupt- und ehrenamtlichen Kirchenleitenden. Der Freiraum zur theologischen Reflexion der Arbeit und der Dialog über die Grenzen der eigenen Landeskirche hinweg sind – neben dem mittlerweile nahezu vollständig renovierten Tagungshaus – sind Kennzeichen des Studienseminars, die von den Teilnehmenden stets als außerordentlich positiv, stärkend und inspirierend von den Teilnehmenden beurteilt werden.

4.5 Umsetzung der Beschlüsse der 5. Tagung der 12. Generalsynode

Zuletzt ein kurzer Rückblick: im letzten Jahr um diese Zeit hat die Generalsynode sich mit dem Schwerpunktthema „Jugendliche und junge Erwachsene“ beschäftigt. Es freut mich, Ihnen berichten zu können, dass die Umsetzung einiger der zahlreichen Beschlüsse der letzten Tagung der Generalsynode von der Kirchenleitung und dem Amtsbereich der VELKD vorbereitet und (zum Teil) umgesetzt wurde. Dazu gehört zuallererst die die auf dieser Tagung anstehende Verfassungsänderung, nach der in unserer Generalsynode die Generation der jungen Erwachsenen stärker vertreten sein würde als bisher. Die Rechtsabteilung des Kirchenamtes der EKD hat in enger Zusammenarbeit mit dem Rechtsausschuss der Kirchenleitung den Prozess vorangetrieben. Dass die Änderungen der Verfassung und Grundordnungen bereits auf dieser Tagung zum Beschluss vorliegen, ist nicht selbstverständlich. Ein großer Dank an alle Beteiligten! Dass im letzten Jahr der Impuls von Ihnen, der Generalsynode, ausgegangen ist, war ein starkes Signal, - nicht nur an die anschließende EKD-Synode, sondern an uns: Wir wollen als VELKD eine Kirche sein, die ihre Zukunft mit der jungen Generation zusammen gestalten möchte! Ich bin gespannt auf Ihre Debatte.

Sodann wurde der Impuls an unsere Gliedkirchen weitergegeben, junge Erwachsene auf allen Ebenen stärker zu beteiligen. Einige bereits laufenden Prozesse, wie in Bayern und Hannover, wurden dadurch bestärkt, andere wurden angeregt, das Thema Partizipation junger Erwachsene noch stärker auf ihre Agenda zu setzen als bisher.

Zum dritten: Für den Prozess „Evangelische Gottesdienstkultur und junge Menschen“ hat die Kirchenleitung eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die der Kirchenleitung einen Prozessplan und konkrete Vorschläge vorlegen wird. Wir sind gespannt und freuen uns auf deren Ergebnisse.

Schließlich wurde in Zusammenarbeit mit dem DNK des LWB eine der nächsten VELKD-Kollekten mit einem Schwerpunkt „Ökumenische Jugendprojekte“ vorgesehen, und der Fonds missionarischer Projekte für die nächsten fünf Jahre um die bevorzugte Förderung von Projekten mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen erweitert und beworben. Ein Wettbewerb für zukunftsweisende ökumenische Jugendprojekte wird derzeit vom Amtsbereich vorbereitet.

Liebe Synodale, dies alles zeigt, dass Ihre Beschlüsse zum Schwerpunktthema vom letzten Jahr nicht im Sande verlaufen sind, sondern kleinere oder größere Arbeitsprozesse initiiert haben.

5. Von der Sprache der Kirche

Lassen Sie mich zurückkehren zum Beginn: Über die Sprache. In der Kirche.

Die Sprache muss klar sein. Die Sprache muss mitfühlend sein. Die Sprache der Kirche bleibt Antworten schuldig. Karl Rahner hat am Ende seines Lebens gesagt: „Ein ganzes Leben beten, ohne eine Antwort zu hören. Gott macht dem Beter sein Beten schwer. Der schlägt ihm in seinen täglichen Gebeten die Welt um die Ohren, und er schweigt.“ In der Sprache der Kirche bleibt das Geheimnis, dass man mit unbeantworteten Fragen leben muss. Also auch mit dem Zweifel. Das Schweigen Gottes ist die große Einrede gegen die Behauptung, wir hätten auf alles eine Antwort.

Die Sprache der Kirche ist dennoch eine hoffnungsvolle Rede. „Seid allezeit bereit zur Verantwortung gegenüber jedermann, der von euch Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die in Euch ist.“ (1. Petr. 3,15) Wir brauchen nicht nur einen geistlichen, sondern auch einen politischen Optimismus. Kein Herbeireden neuer Landschaften, aber eine Grundzuversicht, die ausdrückt: Das Leben in diesem Land ist ein Leben in einem der friedlichsten und gerechtesten Länder der Welt, in dem alle Grundfreiheiten garantiert sind.

Ich glaube, dass jedes Nachdenken über die Sprache uns an Gott heranzuführt. Das Vermögen der menschlichen Sprache, Sinn und Gefühl zu vermitteln, Orientierung zu geben und Welt zu deuten, beruht letztlich auf der Annahme einer Gegenwart Gottes.

Das Wort und unsere Achtung für die Sprache, die Verlässlichkeit in der Aussage, die Suche nach Wahrheit in unserem Handeln, unser Sprechen für die Sprachlosen, das ist ein verantwortlicher Dienst an unserer Gesellschaft. Für mich übrigens auch ein Zeichen, Gott die Ehre zu geben.

Ich möchte enden mit einem Gedicht von Rose Ausländer:

Ich habe keinen Respekt
Vor dem Wort Gott
Habe großen Respekt
Vor dem Wort
Das mich erschuf
Damit ich Gott helfe
die Welt zu erschaffen.²³

Die Welt ist da, wir erschaffen sie nicht, aber wir verwandeln sie, mit unserem Handeln, dem unsere Sprache vorausgeht. Eine Sprache, die lebt aus der Verheißung einer besseren Welt.

Ich danke Ihnen.

²³ Rose Ausländer, Respekt, in: dies., Ich höre das Herz des Oleanders, Gedichte 1977-1979, Frankfurt a. M. 1984, S. 41